

2. Motion von Dr. Regula Streckeisen vom 17. März 2010 "Verbot der Prostitution Minderjähriger" (08/MO 31/211)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst die Motionärin.

Diskussion

Dr. Streckeisen, EVP/EDU: Ich danke dem Regierungsrat für seine umfassende Antwort. Der Bundesrat hat in dieser Angelegenheit endlich den entscheidenden Schritt getan und im Juni 2010 das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch unterzeichnet und ratifiziert. Man muss wissen, dass in diesem Übereinkommen alle jungen Menschen bis zum Alter von achtzehn Jahren als Kinder gelten und die Strafbarkeit von Freiern, die sexuelle Dienste von Minderjährigen gegen Geld oder andere Vergütung in Anspruch nehmen, eingeführt werden muss. Somit sind mit der Ratifizierung alle meine Forderungen vollumfänglich erfüllt. Darüber freue ich mich natürlich sehr und stelle fest, dass meine Motion ihr Ziel beinahe erreicht hat. Beinahe sage ich deshalb, weil National- und Ständerat das Übereinkommen ebenfalls noch ratifizieren müssen. Falls sie dies wie erwartet tun, resultiert eine schweizweit einheitliche Regelung, was selbstverständlich einer kantonalen Lösung vorzuziehen ist. Daher schliesse ich mich der regierungsrätlichen Empfehlung an und **ziehe meine Motion zurück**. Sollten wider Erwarten National- oder Ständerat anders entscheiden, werde ich erneut motionieren.

Präsident: Kantonsrätin Dr. Regula Streckeisen erklärt den Rückzug ihrer Motion. Ich frage die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner an, ob jemand an der Motion festhalten will. Dies ist nicht der Fall.

Regierungsrat **Dr. Graf:** Der Regierungsrat ist erfreut darüber, dass die Motionärin die Motion zurückgezogen hat. Ich kann ihr allerdings versichern, dass wir uns der Wichtigkeit und der Bedeutung ihres Anliegens bewusst sind. Der Regierungsrat wird deshalb an einer der nächsten Sitzungen ein Schreiben an die zuständige Departementsvorsteherin in Bern senden und den Druck auch in Zukunft aufrecht erhalten. Es ist wichtig, dass hier der Bund möglichst bald legiferiert.

Präsident: Das Geschäft ist somit erledigt.